



# Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe 7 – Mai 2009



## ★ Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Mitglieder unseres Brüsseler Verbandes, liebe Freunde der Europa-Union Deutschland,



seit dem Fall der Berliner Mauer vor zwanzig Jahren ist die Wiedervereinigung Europas zu einer der großen Herausforderungen der Europäischen Union geworden. Fünf Jahre ist es jetzt her, dass die EU mit dem Beitritt acht neuer Mitgliedstaaten im Osten und der Mittelmeerländer Malta und Zypern einen entscheidenden Schritt dabei gegangen ist, die Demokratien Europas unter einem gemeinsamen Dach zu vereinen. Die Erweiterung hat die Union verändert, doch es braucht Zeit, dass zusammenwächst, was zusammengehört.

Neben viel Licht gibt es gewiss auch Schatten im Erweiterungsprozess. Dennoch aber kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Erweiterung von 2004 politisch und wirtschaftlich

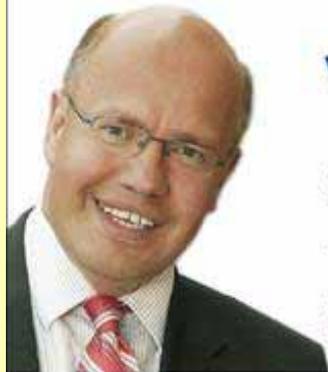
eine wirkliche Erfolgsgeschichte ist. Trotz aller Mühsal des Tagesgeschäfts sehen wir zwanzig Jahre nach der Maueröffnung, zehn Jahre nach der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung und fünf Jahre nach dem Beitritt der Zehn, dass die Union unvermindert weiter Ausstrahlungskraft besitzt. Die Institutionen funktionieren zuverlässig, wenn auch vielleicht nicht immer reibungs- und spannungslos. Wer die Arbeit der EU in den letzten Monaten vorurteilslos analysiert, wird jedenfalls weder zu dem Schluss kommen, dass die Erweiterung Europa handlungsunfähig gemacht habe, noch dass die zweifellos vorhandenen Effizienzdefizite der Union auf die Erweiterung zurückzuführen wären.

Und dennoch: Erweiterung und Vertiefung der europäischen Integration müssen zusammengedacht und im Einklang miteinander betrieben werden. Auf beiden Gebieten muss die Eu-

ropäische Union voranschreiten. Die Vertiefung der Integration ist nicht in erster Linie erforderlich, um weitere EU-Beitritte bewältigen zu können. Die letzten Monate haben wie in einem Brennglas klar gemacht, welche unverzichtbare Rolle der EU bei der Bewältigung

## 7. Juni : Europawahl

[www.europaeische-bewegung.de](http://www.europaeische-bewegung.de)



## Verändern!

„Wer nicht aktiv wird, kann nichts verändern. Wahlbeteiligung ist der erste Schritt!“

Peter Altmaier,  
Präsident der Europa-Union Deutschland



Eine gemeinsame Kampagne der Mitgliedsorganisationen im Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland



Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland





der großen Krisen dieser Tage zukommt. Europa muss sich der Aufgabe stellen, der Globalisierung eine Struktur zu geben, die Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen, Markt und Wettbewerb zu erhalten und in den Dienst der Gesellschaft zu stellen: All dies geht auf unserem Kontinent nur mit einer entscheidungsstarken Europäischen Union, die den Wettbewerb der Mitgliedstaaten zu Synergien zusammenführt und gleiche Bedingungen für alle sicherstellt. Die EU in ihrem heutigen Zustand ist durchaus in der Lage, dabei Wichtiges zu leisten. Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Union stärker, ihr Mandat umfassender, ihre Außenvertretung kraftvoller, ihre internen Abstimmungsprozesse transparenter und demokratischer und ihre Philosophie solidarischer werden müssen, wenn sie ihrer Aufgabe dauerhaft und nachhaltig gerecht werden und den Erwartungen der Bürger entsprechen will. An der weiteren Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses geht daher kein Weg vorbei.

Dieses Jahr wird zeigen, ob die Union dieser Herausforderung gewachsen ist. Spannende Monate liegen vor uns. Das fast unerwartet positive Votum des tschechischen Senats am 6. Mai gibt Hoffnung, aber noch ist der Vertrag von Lissabon nicht in Kraft. Über den Sommer und bis Ende Oktober muss sich in Prag, Dublin und nicht zu vergessen auch Warschau und Berlin entscheiden, ob und wann der Reform-Vertrag in Kraft tritt und damit ein wichtiges Stück Vertiefung ermöglicht. Gleichzeitig wird in Europa gewählt, und wenn auch der genaue Fahrplan auch noch nicht ganz genau festgelegt sein dürfte, werden in Straßburg und Brüssel die Institutionen erneuert. Dabei darf sich die Europäische Union keinen Stillstand erlauben. Gerade jetzt muss sie sich als treibende Kraft bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise bewähren und die europäische Idee von gelebter Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und fairer Arbeit verteidigen. Ihre Leistungen auf diesem Gebiet werden für die Legitimität der Union auf mittlere Frist belangreicher sein als die natürlich wichtigen, vom Bürger aber oft als realitäts-

fern empfundenen Fragen der vertraglichen Grundlagen und institutionellen Entwicklungen, die außerhalb des Brüsseler Raumschiffes kaum jemanden wirklich zu Begeisterung hinreißen.

Und hier ist zweifellos noch viel zu tun: Das vereinte Europa hat mit dem Papier der Kommission vom 4. März, dem wegweisenden de Larosière-Bericht zur Finanzmarktregulierung und dem prägenden Auftreten seiner Staats- und Regierungschefs beim G20-Gipfel beachtenswerte Anstöße zur Bewältigung der Krise und zum Aufbau einer verlässlicheren Finanzmarktordnung geliefert. Sie hat die internationale Diskussion maßgeblich mitgestaltet. Jetzt aber warten die Mühen der Ebene. Die Konzepte müssen in konkrete Gesetzgebung und politisches Handeln umgeformt werden. Praktikable Lösungen müssen nicht nur beredet, sondern zügig beschlossen angewendet werden und gestalterische Wirkung entfalten. Jetzt erst wird sich zeigen, wieweit Europa der neuen Herausforderung gewachsen ist, ob es Schritte in Richtung auf eine gemeinsame Wirtschaftsregierung zu gehen bereit ist und ob Vertiefung auch eine Annäherung der Vorstellungen über das sogenannte europäische Sozialmodell bedeuten kann.

Gerade auf diesem Gebiet zeigen der mangelnde Enthusiasmus des Europäischen Rates gegenüber dem Vorschlag eines Sozialgipfels und die Unfähigkeit der Institutionen sich endlich auf eine neue Arbeitszeitrichtlinie zu einigen, wie weit der Weg noch ist. Wir dürfen uns aber nicht aufhalten lassen. Nur eine Europäische Union, die sich im Inneren weiter festigt und handlungsfähig ist, kann sich auch neuen Mitgliedern öffnen, ihre Werte international erfolgreich vertreten und Erfolge dabei haben, ihre innere Stabilität in die Regionen in ihrer Nachbarschaft projizieren. Die Forderung der Europa-Union Deutschland nach vertiefter Integration mag vielleicht nicht immer dem Zeitgeist entsprechen, ist aber aktuell wie eh und je.

Wenn unser Brüsseler Verband demnächst auf zwei Jahre erfolgreichen Bestehens zurückblicken kann, geschieht dies also in einer Zeit europapolitischer Hochspannung. Wir haben in den Monaten seit Jahresbeginn in zahlreichen Veranstaltungen und in unseren Arbeitsgruppen die Entwicklung der Union diskutiert und begleitet. Wir haben über die Europawahlen informiert und zur Teilnahme geworben. In demselben Rhythmus wird es bis zur Sommerpause weitergehen. Unser Verband ist gut positioniert und lebt aus den Initiativen seiner 200 Mitglieder heraus. Ein klein wenig stolz können wir darauf sein, dass die Bundesspitze der Europa-Union Deutschland unseren Verband als Vorbild für die Gründung einer Berliner EUD-Hauptstadtgruppe genommen hat, die ihre Arbeit bereits aufgenommen hat und am 13. Mai in Anwesenheit eines Vertreters unseres Vorstandes formell gegründet wird. Unser Verband macht Schule!

Am 2. Juli, wenn wir uns in den Räumlichkeiten der bayrischen Landesvertretung zu unserer diesjährigen Mitgliederversammlung zusammenfinden, können wir gemeinsam Bilanz ziehen und die Richtung für die kommenden zwei Jahre festlegen. Noch bevor wir zusammen mit Kommissionsvizepräsident Günter Verheugen in einer öffentlichen Veranstaltung die Jahre der Barroso-Kommission kritisch beleuchten, haben Sie an diesem Abend durch Ihre Anträge und Redebeiträge und die Teilnahme an den Wahlen zum Vorsitzenden und dem Gesamtvorstand Ihres Brüsseler Verbandes die Möglichkeit, Ihre Ideen und Kritik ein- und vorzubringen. Wir sollten diese Gelegenheit zur Aussprache bestmöglich nutzen.

Mit der Teilnahme an der Mitgliederversammlung fangen Ihre Möglichkeiten mitzugestalten allerdings erst an. Machen Sie mit und engagieren Sie sich in Ihrem Verband!

Ihr Dr. Michael Köhler

### ★ Europa ist professionell - die Hauptstadt nun auch!

Berlin hat ein neues Politiknetzwerk. Seit heute vernetzt "Europa-Professionell - die Hauptstadtgruppe der Europa-Union" kompetent Interessenvertreter, Beamte, Politiker und Medienschaffende in europäischen Fragen.

Die Europa-Union Deutschland reagiert mit ihrer neuen Gruppe auf die zunehmende Bedeutung der Europapolitik für die Bundespolitik. Pünktlich zur Europawahl sucht die über 17.000 Mitglieder zählende überparteiliche Bürgerinitiative den Schulterschluss zwischen den EU-Akteuren und den pro-europäischen Bürgerinnen und Bürgern.

Pat Cox, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und amtierender Präsident des European Movement International begrüßte die neue Gruppe im dbb forum und betonte die „große Bedeutung einer proeuropäischen Initiative für die deutsche Hauptstadt.“ Erste Sprecher des neu gewählten neunköpfigen Vorstandes sind Silke Kaul und Joachim Wuermeling, die sich gemeinsam die Stärkung des Europapolitik-Standortes Berlin zum Ziel gesetzt haben.

Europa-Professionell will ein persönliches partei- und berufsübergreifendes Netzwerk von Europa-Experten in der Bundeshauptstadt schaffen und damit den Austausch und die EU-Kompetenz einzelner Akteure und ihrer Organisationen vorantreiben. Dadurch soll auch die Kommunikation von Europathemen zwischen den Mitgliedern gefördert werden.





Europa-Professionell bildet einen "Think Tank", der Europapolitik mittels Expertise und konkreten Empfehlungen gestalten will. Auf diese Weise soll die Europafähigkeit Deutschlands nachhaltig verbessert und ausgebaut werden.

Mit der Veranstaltungsreihe Europa Plus schafft Europa-Professionell einen herausgehobenen Rahmen, in dem sich hochrangige Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft zur freien Diskussion treffen. Erster Hauptredner ist am 15. Juni der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn.

Europa-Professionell besteht bereits aus über 100 Mitgliedern. Zielgruppe sind die über 4000 EU-Akteure in Deutschland.

 [www.europa-union.de/index.php?id=7304](http://www.europa-union.de/index.php?id=7304)

### ★ **Automobilindustrie: Durch Technologie gestärkt aus der Krise!**

*von Matthias Wissmann*

Die Automobilindustrie sieht sich zweifellos mit dem bisher wohl härtesten Jahr ihrer Geschichte konfrontiert: Die Auslandsnachfrage nach Pkw hat sich rasant abgeschwächt: Die Auslandsorder lagen im April 29 Prozent, in den ersten vier Monaten 2009 insgesamt um 31 Prozent unter dem Vorjahrswert. Die Exporte haben im April mit einem Minus von 48 Prozent erneut deutlich nachgegeben und die Kurven zeigen auch für den weiteren Verlauf des Jahres nach unten. Noch dramatischer stellt sich die Situation auf den Nutzfahrzeugmärkten dar: Die Exportmärkte haben im März mit minus 61 Prozent erneut kräftig verloren, im ersten Quartal beträgt der Rückgang 62 Prozent. Auch für die kommenden Monate deutet sich keine Belebung an. Der Bestelleingang aus dem Ausland verlor im März nochmals 55 Prozent; seit Jahresbeginn wurden damit 62 Prozent weniger Nutzfahrzeuge von ausländischen Kunden bestellt. Dies wirkt sich leider auch ganz besonders auf die hochinnovative Zulieferindustrie aus, die 75% zur Wertschöpfung beim Automobil beiträgt.

In der derzeitigen Weltwirtschaftskrise sind wir, wie andere Industrien auch, davon abhängig, dass die Konjunkturprogramme greifen und vor allem die Wirtschaft in den USA sich erholt. Dabei spielt auch die Europäische Union beispielsweise durch die massiv ausgeweitete Verfügbarkeit von Mitteln der Europäischen Investitionsbank für die Forschung und Entwicklung neuer und effizienterer Antriebssysteme eine wichtige Rolle. Unser strategisches Ziel ist klar: Wir wollen und werden gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Dieses Ziel basiert dabei nicht auf vagen Hoffnungen, sondern auf harten Fakten: Zum einen gewinnen deutsche Marken auf den Schlüsselmärkten der Welt – das sind heute im Besonderen China und Indien - Marktanteile hinzu. Während in Deutschland auf 1.000 Einwohner 503 Pkw kommen, sind es in Indien lediglich 11 und in China 17 Pkw.

Zum anderen geht die deutsche Automobilindustrie trotz der angespannten konjunkturellen Lage in Sachen Zukunftsentwicklung weiter voran. Denn neue Technologien und noch effizientere und umweltfreundlichere Produkte könnten dem durch die weltweite Finanzkrise ausgelösten Absatzrückgang entgegensteuern. Allein im Jahr 2008 hat die deutsche Automobilindustrie insgesamt 18,9 Milliarden Euro in die Hand genommen, um die Entwicklung innovativer, klimafreundlicher und effizienter Technologien voranzutreiben, eine Steigerung um 3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Die Innovationsanstrengungen der Automobilindustrie zeigen, dass man das Ziel der nachhaltigen Mobilität ernst nimmt und sich insbesondere den Herausforderungen des Klimaschutzes stellt. Und das nicht erst jetzt. Vielmehr haben wir in den letzten Jahren lediglich eine nochmalige Verstärkung der Anstrengungen zur ökologischen Optimierung der Fahrzeuge gesehen. Die Ergebnisse dieser Anstrengungen sind deutlich sichtbar. Bereits heute bieten deutsche Marken rund 90 Modelle an, die weniger als 5 Liter Kraftstoff auf 100 km benötigen. Der durchschnittliche CO2-Wert der in Deutschland neu zugelasse-





nen Fahrzeuge lag damit mit 154,9 g deutlich unter 160 g/km CO<sub>2</sub>.

Daran sieht man aber auch, dass die Absatzkrise keine Modellkrise ist. Die Kunden verschieben ihre Autokäufe nicht, weil keine sparsamen, verbrauchsoptimierten Modelle angeboten würden. Sie verzichteten vielfach auf den Autokauf, weil eine Wirtschaftskrise, wie wir sie derzeit erleben, von vielen nicht als geeigneter Zeitpunkt für den Kauf eines neuen Pkw angesehen wird. Die Umweltprämie hat diesen Attentismus nun zum Teil aufgelöst.

Die Automobilindustrie wird bei diesen Erfolgen aber nicht stehen bleiben. Gerade bei der weiteren Verbrauchsminderung und der Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes gilt es, neue Herausforderungen anzunehmen. Fahrzeughersteller und Zulieferer verfolgen dabei ein Dreistufen-Konzept von Einsparen, Ergänzen und Ersetzen.

Dabei sollte uns bewusst sein, dass der Verbrennungsmotor zunächst die bestimmende Antriebstechnik bleiben wird. Umso mehr gilt es, hier alle Möglichkeiten zur weiteren Verbrauchsreduzierung zu nutzen. Wir können den Verbrauch des Diesels noch um 30 Prozent, den des Benziners um weitere 25 Prozent senken. Der Clean Diesel wird dabei weiter eine wichtige Rolle zu spielen haben. Eine Faustregel macht dies deutlich: Jedes Prozent mehr Diesel im Bestand in Deutschland würde rund 200.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr einsparen.

Es ist positiv, dass beim europäischen Regulierungsansatz für die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Pkw auch Eco-Innovations Berücksichtigung gefunden haben und angerechnet werden können. Damit wirkt sich die Regelung innovationsfördernd und nicht innovationshemmend aus. Es wird der Zielsetzung Rechnung getragen, dass die Politik zwar Ziele vorgibt, den Ingenieuren aber die Freiheit lässt, den technisch und ökonomisch sinnvollsten Weg zur Erreichung dieser Ziele zu wählen. Ebenso wichtig und richtig ist, dass die EU-Vorgaben auf eine Verbrauchsabsenkung in

allen Fahrzeugklassen abzielen. Dies zeigt allein ein Vergleich: Würde der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der 50 Fahrzeugmodelle mit dem höchsten Kraftstoffverbrauch um 20 Prozent gesenkt, brächte dies eine Ersparnis von lediglich 0,4 Prozent in der Flotte. Wenn jedoch eine 20-prozentige Verbrauchssenkung bei den 50 meistverkauften Modellen einsetzt, ergibt dies eine Senkung des Flottenverbrauchs um 14 Prozent. Dies unterstreicht, wie wichtig „better regulation“ ist und wie leicht man politische Vorgaben machen kann, die zwar gut gemeint sind, aber außer Kosten nichts bewirken.

Unser langfristiges Ziel bleibt das Null-Emissionsfahrzeug durch den Ersatz nicht-fossiler Kraftstoffe. In diesem Zusammenhang hat in letzter Zeit vor allem das Thema „Elektromobilität“ an Popularität zugelegt. Ohne Zweifel hat der Elektroantrieb durch seinen hohen Wirkungsgrad ein großes Potenzial für den effizienten Energieeinsatz, gerade in den Ballungsregionen. So rasch, wie manche meinen, wird dieser alternative Antrieb aber nicht in der Großserie verfügbar sein. Denn es gibt noch zu viele ungelöste technische Fragen, als dass sich gleich morgen das Elektroauto auf breiter Front als echte Alternative zum Verbrennungsmotor etablieren könnte:

- die Verfügbarkeit von leistungsfähigen Energiespeichern,
- der Aufbau einer standardisierten Infrastruktur zum Laden der Fahrzeuge,
- die Bereitstellung von umweltfreundlicher, regenerativer Energie,
- die Akzeptanz des Kunden für Elektrofahrzeuge,
- die Incentivierung von Elektrofahrzeugen sowie
- verlässliche politische Rahmenbedingungen.

So intensiv auch unsere Zulieferer und Hersteller am Wasserstoff- oder am Batterieantrieb forschen – diese Konzepte werden der Automobilindustrie kaum helfen, die Vorgaben für den Kohlendioxid ausstoß europäischer Neuwagen vom Jahr 2012 an zu erfüllen. Und selbst 2015 erwarten wir bei einer Weltautomobilproduktion von nahezu 90 Millionen



Stück nur zwischen drei und fünf Millionen Hybridfahrzeuge und maximal 500 000 Elektroautos.

Voraussetzung für all das ist aber, dass Hersteller und Zulieferer in Sachen Forschung und Innovation an der Weltspitze mit dabei sind, am besten aber die Spitze sind. Um das zu erreichen müssen wir alles tun, um baldmöglichst aus der derzeitigen Wirtschaftskrise herauszukommen. Zugleich brauchen wir in Brüssel und Berlin eine Politik, die dies durch entsprechende Rahmenbedingungen ermöglicht. Die Richtschnur darf dabei nicht sein, immer mehr Belastungen und Bürokratie zu erzeugen, sondern möglichst klare und berechenbare Rahmenbedingungen für mehr Innovationen und nachhaltige Mobilität zu setzen.

*Matthias Wissmann ist Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), der in Deutschland die Interessen von 602 Automobilherstellern und Zulieferern vertritt. Wissmann war Bundesforschungs- und Verkehrsminister, vertrat*



*31 Jahre den Wahlkreis Ludwigsburg im Deutschen Bundestag und war dort zuletzt Vorsitzender des Europaausschusses.*

#### ★ Wählen gehen – aber wen?

Nur noch knapp drei Monate, bis fast 375 Millionen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger vom 4. bis 7. Juni in ganz Europa zur Wahlurne gebeten werden und es heißen wird: „Europawahl – Deine Entscheidung!“

Doch für was sollen wir uns eigentlich entscheiden und wem unsere Stimme geben? Für welche Politik stehen sie, die Kandidatinnen und Kandidaten, die sich um ein Mandat als Europaabgeordneter bewerben und in welche Richtung wollen sie unsere EU lenken?

Auf erste Antworten hofften die zahlreich erschienen Mitglieder und Freunde der Europa-Union Brüssel, die zur Veranstaltung „Wahlkampfstrategien zur Europawahl 2009“ in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel am 2. März gekommen waren. Auf Initiative der Arbeitsgruppe Europawahl hatten sich Martin Kastler (CSU), Jo Leinen (SPD), Reinhard Bütikofer (Bündnis 90/ Die Grünen), Alexander Graf Lambsdorff (FDP), Gabriele Zimmer (Die Linke) und ZEIT-Korrespondent Jochen Bittner unter der Moderation der Vizepräsidentin der Europa-Union Deutschland, Ulla Kalbfleisch-Kottsieper zusammengefunden, um eine erste öffentliche Runde im Europa-Schlagabtausch einzuläuten. Inhaltliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten an diesem eigentlich politisch kontrovers zu vermutenden Abend hielten sich aber mehr oder weniger die Waage.

Während Jo Leinen für ein mehr soziales Europa plädierte, Martin Kastler für mehr Bürgernähe durch Direktwahlen und Referenden auf europäischer Ebene warb, Reinhard Bütikofer sich für ein insgesamt grüneres Europa stark machte, Alexander Graf Lambsdorff seine Position im Bereich Datenschutz und Bürgerrechte darstellte und Gabriele Zimmer den Lissabon-Vertrag deutete, so waren sich doch alle in einem Punkt einig: Europa müsse gerade jetzt zeigen, was und wer es ist: eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft, die in

der Lage ist, seinen Bürgerinnen und Bürgern sicheren Halt in der



Wirtschafts- und Finanzkrise zu geben und gleichzeitig die Weichen dafür stellen kann, ähnliche Situationen in Zukunft zu vermeiden. Und auch darin stimmten die Europa-Experten überein: Europa ist nach wie vor viel zu weit von seinen Wählern weg – deshalb werde

auch in diesem Jahr der „Schlager vom Bürokratieabbau“ parteiübergreifend gesungen und einen oberen Platz in der Hitparade einnehmen.

Wie schwer Europa wirklich zu vermitteln ist – nicht nur für den Politiker, sondern auch für den Journalisten – machte dann auch noch Journalist Jochen Bittner deutlich: zu geringe politische Unterschiede und zu wenig echte Opposition, die schwierige Suche nach Verantwortlichen oder zu wenig politische Dramen, wie wir sie auf der Bundesebene gewöhnt sind - auch das europäische Journalisten-Handwerk steht damit immer wieder vor neuen Herausforderungen bei der Suche nach griffigen Themen.

Auch wenn noch viele Fragen ungelöst im Raum standen und Podium und die etwa 300 Zuhörer im Publikum noch mehrere Stunden hätten weiter diskutieren können, so gab es zumindest in einem Punkt noch eine wirkliche Entscheidungshilfe: die Ständige Vertretung informierte, wo und wann die „Berufs-Brüsselianer“ wählen gehen können – denn das sollte auf alle Fälle heute schon klar sein!

*Mirjam von Jarzebowksi*

#### ★ Europawahl am 7. Juni 2009

Hier möchten wir nochmals darauf aufmerksam machen, dass am 17. Mai wichtige Fristen zur Europawahl ablaufen:

Es ist letzter Tag für die

1. **Benachrichtigung** der Wahlberechtigten über ihre Eintragung ins Wählerverzeichnis
2. Stellung eines **Antrags auf Eintragung in das Wählerverzeichnis** durch Wahlberechtigte, die nur auf Antrag (Anlage 2 EuWO) eingetragen werden (**Auslandsdeutsche**)
3. Stellung eines **Antrags auf Eintragung in das Wählerverzeichnis** von wahlberechtigten **Unionsbürgern** (Anlage 2A EuWO)
4. Stellung eines Antrags von **Unionsbürgern, nicht im Wählerverzeichnis** geführt zu werden (Anlage 2C EuWO)

Am **5. Juni** endet in den meisten Gemeinden die Frist für die Beantragung von Briefwahlunterlagen, wenn Sie diese persönlich im Wahlamt abholen. Beachten Sie bei der Beantragung die entsprechende Postlaufzeit von und zum Wahlamt.

#### ★ Europawahl am 7. Juni 2009

Würden die europäischen Wählerinnen und Wähler heute zu den Wahlurnen gebeten, würden sie die Kräfteverhältnisse im Europäischen Parlament weitgehend bestätigen. Das zeigt die am 7. April 2009 von der parteiübergreifenden Europa-Union und Burson-Marssteller präsentierte Europawahlprognose Predict09.eu, die ab sofort online einsehbar ist: [www.predict09.eu](http://www.predict09.eu).

Für Deutschland sieht die Prognose allerdings ein bemerkenswertes Ergebnis voraus: Demnach könnte sich die SPD um 7,2% auf 28,7% deutlich verbessern. Die CDU fiele um 8,8% auf 27,7%, und die CSU würde mit 6,8% (-1,2%) die Fünf-Prozent-Hürde deutlich meistern. Die FDP (+7,2% auf 13,3%) und Die Linke (+4,3% auf 10,4%) könnten zu den großen Gewinnern der Wahl werden, während Die Grünen (-2,2% auf 10,3%) voraussichtlich einen leichten Rückgang werden hinnehmen müssen.

Predict09.eu stellt ein neuartiges Prognoseverfahren dar. Damit wird es erstmals möglich sein, im Vorfeld von Europäischen Wahlen belastbare Prognosen abzugeben. Weitere Details finden Sie unter [www.predict09.eu](http://www.predict09.eu).

Informationen zu allen deutschen Kandidaten, die sich am 7. Juni zur Wahl für einen Sitz im Europäischen Parlament stellen, gibt es auf dem Europawahlportal der Europa-Union Deutschland unter [www.wahlen-europa.de](http://www.wahlen-europa.de).

#### ★ 6. Debriefing im Goethe-Institut

Am 23. März fand die sechste Berichterstattung nach dem Europäischen Rat im Goethe-Institut statt. Der Ständige Vertreter Österreichs, Herr Botschafter Dr. Hans Dietmar Schweisgut, hatte sich dankenswerterweise bereit erklärt, in einer Veranstaltung des Brüs-

seler Verbandes der Europa-Union direkt nach dem Europäischen Rat zu berichten, da der deutsche Botschafter zu diesem Termin leider nicht zur Verfügung stehen konnte.

Schwerpunkte der Berichterstattung waren natürlich die Wirtschaftskrise: Bei den bereitgestellten Anreizen für die Wirtschaft von über 400 Mrd. Euro war man zuversichtlich, die Krise gut zu meistern. Jedoch müssen die sozialen Auswirkungen der Krise bewältigt werden. Ein weiteres Thema war die Energiesicherheit. Das Treffen der Staats- und Regierungschefs war von der Suche nach einer gemeinsamen Haltung vor dem G-20-Treffen Anfang April sowie der Regierungskrise in der tschechischen Republik dominiert.

Schließlich wurden noch die Themen Europäische Nachbarschaftspolitik sowie die Beziehungen der EU zu den USA diskutiert. Die Diskussion zum Vertrag von Lissabon wurde auf den Junigipfel vertagt.

#### ★ „Europäische Perspektive des Kaukasus?“ – Optionen nach der Georgienkrise

Seit ihrer Unabhängigkeit haben sich die Länder Georgien, Armenien und Aserbaidschan in teilweise sehr unterschiedliche Richtungen entwickelt. Dabei steht ihrem Bestreben nach westlicher Orientierung zugleich eine große russische Einflussnahme gegenüber.

Seit der Vermittlung des Waffenstillstandes in der Georgienkrise im Herbst 2008 auf Bestreben der französischen Ratspräsidentschaft, hat sich die Rolle der EU für die Kaukasus-Region nachhaltig geändert. Bekräftigt wird dies durch die Veröffentlichung der Strategie der Östlichen Partnerschaft der Kommission im Dezember 2008.

Vor diesem Hintergrund haben Gunnar Wiegand, Direktor der GD Außenbeziehungen, und Dr. Ernst Piehl, ehemaliger Direktor im Europäischen Parlament, am 24. März im Rahmen einer Veranstaltung in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz die europäischen Perspektiven des Kaukasus und die Möglich-

keit der Stabilisierung in dieser Region erörtert.

Das Interesse der EU an der Kaukasus-Region ist ein Kernelement der EU-Außenpolitik und ein strategisches Interesse der europäischen Nachbarschaftspolitik. Oberstes Ziel im Rahmen dieser Politik ist die Sicherung der Stabilität der Region. Dabei ist zu beachten, dass es große Unterschiede zwischen den drei Ländern des Kaukasus gibt.

So ist Armenien als ressourcenarmes Land in erheblichem Maß von Rohstofflieferungen aus Russland und der Türkei abhängig. Aufgrund der geschlossenen Grenzen zur Türkei ist die Annäherung Armeniens an Russland, aber auch an den Iran, historisch sehr ausgeprägt. Zudem ist der Einfluss der Diaspora, die überwiegend in den USA und in Russland zu finden ist, sehr groß.

Die Situation Aserbaidschans dagegen ist von dem Rohstoffreichtum des Landes geprägt. Ein hohes Aufkommen an Erdöl und Gas ermöglicht es dem Land, international selbstbewusst aufzutreten und zu taktieren. So unterhält Aserbaidschan enge Beziehungen zu Russland und dem Iran, bemüht sich jedoch zugleich auch um eine Annäherung an den Westen. Im Vergleich zu Armenien und Georgien weist Aserbaidschan, das von der Alijew-Familie regiert wird, die geringsten demokratischen Strukturen auf.

Georgien versucht seinen Weg zwischen der EU und Russland zu finden. Die westliche Ausrichtung wurde seit der Unterstützung der Revolution durch die USA bekräftigt. Seitdem strebt Georgien den Nato-Beitritt und einer Annäherung an die EU an. Allerdings sind die georgischen Verhältnisse schwierig. Viele Minderheiten, die sich miteinander verständigen müssen, leben in dem Land. Dabei ist die Integration der Minderheiten vor dem Hintergrund starker patriotischer oder nationalistischer Bewegungen teilweise schwierig. Wirtschaftspolitisch ist in Georgien seit der friedlichen Machtübernahme eine liberale Wirtschaftspolitik vorzufinden. Diese Faktoren

haben dazu geführt, dass Russlands Einfluss in Georgien kleiner geworden ist. Zudem hat der Konflikt um Südossetien dazu beigetragen, das Verhältnis zwischen Georgien und Russland weiter zu verschlechtern.

Der schwierigen Situation, die in der Kaukasus-Region durch die heterogenen politischen Verhältnisse der drei Länder besteht, gilt es seitens der EU zu begegnen. So fand im Herbst 2008 ein Wandel der Politik der EU gegenüber den östlichen Staaten statt. Im Rahmen der Östlichen Partnerschaft versucht die EU, eine Politik des Wandels durch Annäherung, des Engagements sowie der „soft power“ zu verfolgen. Wesentliche Bausteine sind dabei:

- Assoziierungen (wenn Kriterien wie Demokratieprinzip, Rechtsstaatlichkeit, Garantie der Menschenrechte, etc. erfüllt sind)
- Annäherung an den europäischen Binnenmarkt durch Tiefenfreihandelsabkommen und Beseitigung nicht-tarifärer Hemmnisse
- Abkommen zur Visa-Freiheit zwischen der EU und den Kaukasus-Ländern
- Hilfestellungen bei der Überwindungen interner Disparitäten

Zudem ist für alle zwei Jahre ein Treffen der beteiligten Staats- und Regierungschefs geplant, bei dem vier Politik-Plattformen, auf denen die künftige Beziehung zwischen der EU und der Kaukasus-Region basieren soll, thematisiert werden:

- Demokratie und Governance
- Wirtschaftliche Integration
- Energiesicherheit (Nabuco)
- People-to-people-Bereich (Bildung und Wissenschaft, Zivilgesellschaft)

Parallel dazu stellt die EU für den Zeitraum von 2010 bis 2013 zusätzliche Mittel in Höhe von 600 Mio. € für die Region zur Verfügung. Diese Mittel sollen u.a. dazu eingesetzt werden, die Grenzsicherheitsbehörden der Region zu fördern, um langfristig eine Visa-Freiheit gewährleisten zu können. Dabei bleibt allerdings festzuhalten, dass diese Schritte lediglich eine Annäherung der EU an die Kaukasus-Region darstellen. Eine Erweiterung

der Union um die drei Länder steht derzeit nicht zur Debatte.

Bei all dem Engagement darf jedoch die Multilateralität der Bemühungen nicht vernachlässigt werden. Waren die bisherigen Maßnahmen überwiegend bilateral geprägt, eröffnet die Östliche Partnerschaft nun die Möglichkeit, alle Beteiligten im multilateralen Kontext gleichberechtigt an einen Tisch zu bringen. Dabei ist es wichtig, dass die Kaukasusländer die „Gesetze der Geographie“ anerkennen und beginnen, sich mit ihren Nachbarn zu arrangieren. Primäres Ziel muss es sein, alle Akteure zum selbstverantwortlichen Handeln zu motivieren. Hierzu ist es notwendig, das Engagement der EU nicht nur auf die staatlichen Eliten zu konzentrieren, sondern auch die Zivilgesellschaft zu integrieren.

Die europäische Perspektive der Kaukasus-Region kann abschließend nicht eindeutig bewertet werden. Mit der Annäherung der EU an die Region eröffnen sich viele Chancen, aber auch viele Risiken. Langfristig werden sich die Bemühungen der EU daran messen lassen müssen, inwieweit es der EU gelingt, den Spannungsbogen zwischen den eigenen Interessen und Werten sowie der Vermittlerrolle im Kaukasus auszubalancieren.

*Laura Büttner, Heike Werkmeister und Simone Wunderlich (Hanse-Office)*

#### ★ Große Europäer in großen Gebäuden

Tagtäglich gehen wir im Europäischen Parlament durch die Gebäude WIC, ASP oder LOW. Dort sind Gebäude oder Gebäudeteile nach großen Europäern benannt worden. In dieser Reihe stellen wir in loser Folge Kurzbiografien dieser Persönlichkeiten vor.



Louise Weiss war eine frühe Verfechterin des europäischen Gedankens, streitbare Feministin, rege Publizistin und engagierte

Politikerin: Louise Weiss, die am 25. Januar 1893 im französischen Arras geboren wurde, war in mehrfacher Hinsicht eine Pionierin.

Weiss, die einer Elsässer Familie entstammte, wuchs an der Seite ihrer fünf Geschwister in Paris auf, als der Ausbruch des Ersten Weltkrieges in ihrem Leben eine jähe Zäsur setzte: Als Kriegskrankenschwester von 1914 bis 1918 im Einsatz, wurde die junge Frau hautnah mit den Schrecken des Krieges konfrontiert. Dieses Ereignis und die damit verbundenen traumatischen Eindrücke und Erfahrungen trugen entscheidend dazu bei, dass sich Weiss politischen Themen zuwandte – zunächst auf publizistischer Ebene:

Noch unter dem Eindruck der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ rief sie 1918 die politische Zeitschrift „L'Europe nouvelle“ (Neues Europa) ins Leben, für die namhafte Autoren wie Thomas Mann, Gustav Stresemann oder Aristide Briand Beiträge verfassten.

Mit Letzterem verband Weiss nicht nur eine enge Freundschaft. Ebenso wie Briand, der – wie sein deutscher Kollege Stresemann – als einer der Chefarchitekten des Locarno-Vertrages 1926 den Friedensnobelpreis erhalten sollte, war sie überzeugt davon, dass für die Bewahrung des Friedens in Europa eine Annäherung der beiden „Erbfeinde“ Deutschland und Frankreich unabdingbar sei.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland rückte dies jedoch in weite Ferne. Louise Weiss wandte sich nun verstärkt der Frauenbewegung zu und setzte sich mit ihrer Vereinigung „La femme nouvelle“ (Die neue Frau) und mit zum Teil spektakulären Aktionen (so hinderte sie 1936 vor den Augen des Präsidenten auf einer Rennstrecke ein Pferd am Start) für das Frauenwahlrecht und die Stärkung der Rolle der Frau im öffentlichen Leben ein.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, den sie als aktives Mitglied der Resistance überlebte, bereiste sie die Welt, drehte Dokumentarfilme zu sozialen Themen und veröffentlichte – wie

etwa in „Mémoires d'une Européenne“ (Erinnerungen einer Europäerin) – ihre Lebenserfahrungen.

Das Ziel von einem geeinten Europa verlor Weiss bei alledem nie aus dem Blick. Daher kandidierte sie noch im Alter von 84 Jahren als Mitglied der gaullistischen Partei für die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament am 17. Juli 1979 und wurde zur Abgeordneten und ersten Alterspräsidentin gewählt – ein Posten, den sie bis zu ihrem Tod im Mai 1983 innehatte.

In Erinnerung an ihren Einsatz für Europa trägt das im Dezember 1999 eingeweihte Hauptgebäude des Europäischen Parlaments in Straßburg den Namen „Louise Weiss“  
(Guido Mieske)

#### ★ 10 Fragen an...

Unter dieser Rubrik stellt Yvonne Nasshoven jeweils 10 Fragen an Mitglieder der Europa-Union Verband Brüssel, um sie vorzustellen.

#### 10 Fragen an Niels Schuster



**1. Tätigkeit:** Generaldirektion AIDCO in der EU-Kommission

**2. in Brüssel seit:** Anfang 2007

**3. Über mich (Hobbys etc.):** Reisen (am liebsten mit Rucksack und Zelt), Djembé (afrikanische Trommel), JEF, Skifahren, Wandern, Lesen

**4. Man trifft mich bei (Lieblingsrestaurant o.ä.):** L'Archiduc in der Rue Antoine Dansaert

**5. Mein Geheimtipp (Markt, Café, Buchladen, Ausflugsziel etc.):** Jazz Café De Muze, Melkmarkt, Antwerpen; Rusenski Lom (Bulgarien)

**6. Meine Buchempfehlung:** Jorge Semprun: „Der Tote mit meinem Namen“; George Or-

well: „Mein Katalonien“; Stefan Zweig: „Die Welt von Gestern“

**7. Lieblingszitat oder Motto:** Mit einer geballten Faust kann man keinen Händedruck wechseln. (Indira Gandhi)

**8. Weshalb ich bei der Europa-Union mitarbeite...** ...weil ich glaube, dass Europa mehr Engagement verdient und eine europäische Identität nur von unten entsteht.

**9. Europa bedeutet für mich:**

- Überwindung von Grenzen
- Frieden
- Vielfalt.

**10. Warum am 7. Juni wählen gehen?:** Weil Europa eine neue Dynamik braucht und die Bürger diese von den Politikern einfordern sollten

#### ★ Terminvorschau 2009

Zu allen Terminen versenden wir rechtzeitig Einladungen per E-Mail und kündigen diese auf unserer Homepage an.

- Debriefing nach dem Eur. Rat: 22. Juni
- Erster EUD-Stammtisch am 25. Mai in der Maxburg
- Mitgliederversammlung am 2. Juli
- Gemeinsame Veranstaltung mit dem Ausschuss der Regionen: "15 Jahre AdR"
- Veranstaltung für Praktikantinnen und Praktikanten: "Berufschancen in Brüssel".

Über alle Veranstaltungen werden wir Sie rechtzeitig per E-Mail und auf der Homepage informieren.

#### ★ Bundesverdienstkreuz für Rainer Wieland

Für seine Verdienste um den europäischen Einigungsgedanken erhielt der Europaabgeordnete Rainer Wieland am 3. Februar 2009 das Bundesverdienstkreuz am Bande. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, nahm im Europäischen Parlament in Straßburg die Ehrung vor.

Mit dem Bundesverdienstkreuz wurde vor allem das Engagement Wielands um die überparteiliche Europaarbeit als Landesvorsitzender der Europa-Union in Baden-Württemberg gewürdigt. Dank seines Einsatzes wurden Parlamentariergruppen der Europa-Union im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag ins Leben gerufen. Rainer Wieland war auch Mitinitiator unseres Brüsseler Verbandes. In besonderem Maße setzte sich der Europaabgeordnete auch für die Jugendorganisation der Europa Union, die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF), ein.



*Florian Ziegenbalg*

#### ★ Mitteilungen des Schatzmeisters

Mit der Einladung zur Mitgliederversammlung im Juli werden auch die Beitragsrechnungen für das Jahr 2009 versandt. Falls Sie Ihren Beitrag für das vergangene Jahr 2008 noch nicht entrichtet haben, bitten wir Sie um umgehende Begleichung auf u.a. Konto.

Wenn sich Ihre Anschrift oder E-Mailadresse ändert, so geben Sie uns bitte umgehend Bescheid.

#### ★ Impressum

Europa-Union Deutschland e.V.  
Verband Brüssel  
Tel: 02 28-47545 · Fax: 02 791 5795  
E-Mail: [info@eud-bruessel.eu](mailto:info@eud-bruessel.eu)  
[www.eud-bruessel.eu](http://www.eud-bruessel.eu)

Redaktion: Georg Becker  
Bankverbindung:  
Konto: 363-0201214-76 (ING)  
IBAN: BE91 3630 2012 1476  
BIC: BBRUBEBB

Redaktionsschluss: 10.05.2009



Geschäftsstelle:  
c/o Union of European Federalists (UEF)  
Chaussée de Wavre 214 D  
B-1050 Bruxelles

Fax: (+32-2) 791 5795  
E-Mail: [info@eud-bruessel.eu](mailto:info@eud-bruessel.eu)  
Internet: [www.eud-bruessel.eu](http://www.eud-bruessel.eu)

## Mitgliedsantrag

Ich möchte mich für die Einigung Europas in Frieden und Freiheit einsetzen und der überparteilichen Europa-Union Deutschland beitreten.

**Vor- und Zuname:** \_\_\_\_\_

**Adresse:** \_\_\_\_\_  
(ggf. dt. Adresse) \_\_\_\_\_

**Telefon:** \_\_\_\_\_ **Geburtsdatum:** \_\_\_\_\_

**Email:** \_\_\_\_\_ @ \_\_\_\_\_

**Beruf/Arbeitgeber:** \_\_\_\_\_

- Ich bin bereit, als **ordentliches Mitglied** im Verband Brüssel einen Jahresbeitrag von \_\_\_\_\_ € (Selbsteinschätzung) zu entrichten. Der Mindestbetrag pro Jahr beträgt 43,- € (Studierende 21,50 €), darin ist enthalten die Lieferung der Verbandszeitung EURO-PA AKTIV. Sofern ich noch nicht 35 Jahre alt bin, werde ich gleichzeitig (ohne Mehrkosten) Mitglied bei der Jugendorganisation Junge Europäer (JEF).
- Ich bin bereits Mitglied in der Europa-Union im Landes-/Kreisverband \_\_\_\_\_, möchte meine Mitgliedschaft dort beibehalten und werde für zusätzlich \_\_\_\_\_ € (Selbsteinschätzung), mindestens jedoch 10 € pro Jahr **außerordentliches Mitglied** im Verband Brüssel.
- Ich bin Praktikant/in bzw. Studierende/r, werde bis zum \_\_\_\_\_ in Brüssel bleiben und werde deshalb kostenfrei Mitglied des Verbandes Brüssel für die Zeit in Brüssel. Nach meiner Rückkehr wird der Verband Brüssel meine Daten dann dem zuständigen Landes- bzw. Kreisverband weiterreichen und ich werde zu den oben genannten Bedingungen **ordentliches Mitglied**. Sofern ich noch nicht 35 Jahre alt bin, werde ich gleichzeitig Mitglied der Jugendorganisation *Junge Europäische Föderalisten* (JEF). (Bitte dann unbedingt oben auch die **deutsche Adresse** angeben).

Ort, Datum

Unterschrift